

ren. Bei der Standortwahl sollte das Wasserwirtschaftsamt beteiligt werden. Ein Zusatzhinweis, der die betroffene Schutzzone kennzeichnet, ist zulässig. Eine vorläufige Kennzeichnung des im Verfahren befindlichen Wasserschutzgebietes ist anzustreben.

- 13.3 Anlässlich der Festsetzung der Schutzgebiete bzw. bei der Erteilung von Bewilligungen, Erlaubnissen und Genehmigungen für die öffentliche Wasserversorgung soll die Verwendung der Hinweisschilder im Wege der Auflage zur Pflicht gemacht werden.

14. Übergangsvorschriften

- 14.1 Sofern keine landwirtschaftlich genutzten Flächen im festzusetzenden Wasserschutzgebiet liegen:

- Sind zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verwaltungsvorschriften die Antragsunterlagen für ein Wasserschutzgebiet bereits offengelegt, so soll das Schutzgebietsverfahren nach den bislang gültigen Verwaltungsvorschriften vom 9. November 1990 (StAnz. S. 2460) weiterbetrieben werden, es sei denn, vorliegende Erkenntnisse lassen andere Verbote notwendig erscheinen. In diesem Fall ist neu offenzulegen und nach den Regelungen dieser Verwaltungsvorschriften weiter zu verfahren.
- Sind zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verwaltungsvorschrift die Antragsunterlagen für ein Wasserschutzgebiet noch nicht offengelegt, soll in der Regel das Verfahren nach diesen Verwaltungsvorschriften durchgeführt werden. Eine einzelfallbezogene Abweichung hiervon ist möglich, wenn hierdurch wesentliche Verzögerungen vermieden werden können.

- 14.2 Sofern landwirtschaftlich genutzte Flächen im festzusetzenden Wasserschutzgebiet liegen, soll in der Regel das Verfahren nach diesen Verwaltungsvorschriften durchgeführt werden.

- 14.3 Die Verwaltungsvorschriften für die Festsetzung von Wasserschutzgebieten vom 9. November 1990 (StAnz. S. 2460) werden hiermit unbeschadet der Übergangsregelung aufgehoben.

Anlage 2

MUSTER-WASSERSCHUTZGEBIETSVERORDNUNG

Vorbemerkungen: (nicht in den Verordnungstext zu übernehmen) Die nachstehende Muster-Wasserschutzgebietsverordnung dient als Grundlage für den Verordnungsentwurf eines im Festsetzungsverfahren befindlichen Wasserschutzgebietes. Die hier vorgeschlagenen Bestimmungen sind in jedem Einzelfall auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen und dementsprechend auszuwählen oder zu ergänzen.

In der Muster-Wasserschutzgebietsverordnung sind diejenigen Handlungen und Sachverhalte erfasst, die eine Gefährdung für das Grundwasser darstellen können. Anhand der Gegebenheiten des Einzelfalles, insbesondere der hydrogeologischen und bodenkundlichen Situation des Schutzgebietes, ist zu prüfen, ob das Verbot in die Verordnung aufzunehmen ist. Textliche Änderungen sind in begründeten Fällen möglich.

Die Aufzählung der Ver- und Gebote in der Muster-Wasserschutzgebietsverordnung ist nicht erschöpfend. Einzelfallbezogen sind darüber hinaus erforderliche Ver- und Gebote aufzunehmen. Insbesondere ist § 8 Buchstabe d) Nr. 3 der Muster-Wasserschutzgebietsverordnung zu konkretisieren.

Beim Vorhandensein von Ortslagen in der Zone II sollte in einem Sammelverfahren geprüft werden, ob und ggf. unter welchen Auflagen und Bedingungen Ausnahmegenehmigungen für unterschiedliche Verbote des Verbotskatalogs erteilt werden können. Dies gilt auch für die Wirtschaftsgebäude landwirtschaftlicher Betriebe in der Zone II.

Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage der/des vom

Auf Grund des § 19 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1986 (BGBl. I S. 1529), zuletzt geändert durch Gesetz vom (BGBl.), und des § 29 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) in der Fassung vom (GVBl.), zuletzt geändert durch Gesetz vom (GVBl.), wird folgendes verordnet:

§ 1

Schutzgebietsfestsetzung

Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage zu Gunsten ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.

§ 2

Gliederung, Umfang, Grenzen

- (1) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in

Zone I (Fassungsbereich),

Zone II

(Engere Schutzzone), Zone III (Weitere Schutzzone);

oder:

Zone III A (Weitere Schutzzone, innerer Bereich),

Zone III B (Weitere Schutzzone, äußerer Bereich).

- (2) Das Wasserschutzgebiet und seine Schutzzonen sind in der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1: und mit der Aufzählung nach § 3 dargestellt.

- (3) Die genaue Abgrenzung des Wasserschutzgebietes und der Schutzzonen ergibt sich aus den Schutzgebietskarten (Karten 1 —) im Maßstab 1: ..., in denen die Schutzzonen wie folgt dargestellt sind:

Zone I Schwarze Umrandung mit innenliegender Rotabsetzung — alternativ schwarze Umrandung mit ganzflächiger grauer Schattierung.

Zone II Schwarze, gestrichelte Umrandung mit innenliegender Blaubabsetzung — alternativ schwarze, gestrichelte Umrandung mit innenliegender grauer, gestrichelter Schattierung.

Zone III Schwarze Umrandung mit innenliegender Gelbabsetzung — alternativ schwarze Umrandung mit innenliegender grauer Schattierung.

(oder:

Zone III A Schwarze Umrandung mit innenliegender Gelbabsetzung — alternativ schwarze Umrandung mit innenliegender breiter, grauer Schattierung.

Zone III B Schwarze Umrandung mit innenliegender Braunabsetzung — alternativ schwarze Umrandung mit innenliegender schmaler, grauer Schattierung.)

(4)¹

- Die Nitrataustragsgefährdung der landwirtschaftlich genutzten Böden ist in der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Karten im Maßstab 1 : 5 000 (Karten Nr. ...) dargestellt,
- Die genaue Zuordnung der landwirtschaftlich genutzten Grundstücke zu den Stufen der Nitrataustragsgefährdung ergibt sich aus den Karten im Maßstab 1 : (Karten —), in der die Stufen der Nitrataustragsgefährdung wie folgt dargestellt sind:

Grundstücke mit sehr geringer Nitrataustragsgefährdung (Stufe 1) = schwarze Umrandung mit schwarzer Ziffer 1 — alternativ schwarze Umrandung mit innenliegender blauer Farbabsetzung.

Grundstücke mit geringer Nitrataustragsgefährdung (Stufe 2) = schwarze Umrandung mit schwarzer Ziffer 2 — alternativ schwarze Umrandung mit innenliegender grüner Farbabsetzung.

Grundstücke mit mittlerer Nitrataustragsgefährdung (Stufe 3) = schwarze Umrandung mit schwarzer Ziffer 3 — alternativ schwarze Umrandung mit innenliegender gelber Farbabsetzung.

Grundstücke mit hoher Nitrataustragsgefährdung (Stufe 4) = schwarze Umrandung mit schwarzer Ziffer 4 — alternativ schwarze Umrandung mit innenliegender orangener Farbabsetzung.

Grundstücke mit sehr hoher Nitrataustragsgefährdung (Stufe 5) = schwarze Umrandung mit schwarzer Ziffer 5 — alternativ schwarze Umrandung mit innenliegender roter Farbabsetzung.

- (5) Die Anlage und die Schutzgebietskarten sind Bestandteile dieser Verordnung.

Die Schutzgebietskarten werden archivmäßig bei dem Regierungspräsidium in — oberer Wasserbehörde — und verwahrt. Die Karten können dort und bei während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden.

¹ sofern das Wasserschutzgebiet nach Nr. 1.8 der Verwaltungsvorschriften für die Festsetzung von Wasserschutzgebieten in die Klasse C eingestuft wird.

§ 3

Aufzählung der Flurstücke, Fluren und Gemarkungen

(1) Zoneneinteilung

- Zone I (Flurstücke)
 Zone II (Fluren, ggf. Flurstücke)
 Zone III (Gemarkungen, ggf. Fluren)
 oder:
 Zone III A (Gemarkungen, ggf. Fluren)
 Zone III B (Gemarkungen, ggf. Fluren)

§ 4

Verbote in der Zone III B

In der Zone III B sind verboten:

- das Versenken von Abwasser einschließlich des auf Straßen und sonstigen befestigten Flächen anfallenden Niederschlagswassers;
- das Versickern von Abwasser einschließlich des auf Straßen und sonstigen befestigten Flächen anfallenden gesammelten und ungesammelten Niederschlagswassers mit Ausnahme der breitflächigen Versickerung über die belebte Bodenzone bei günstigen Standortbedingungen. Günstige Standortbedingungen liegen vor, wenn es sich um nicht schädlich verunreinigtes Niederschlagswasser handelt und/oder die Untergrundverhältnisse gewährleisten, daß vor dem Eintritt in das Grundwasser mitgeführte Schadstoffe abgebaut werden oder daß ein Eintritt in das Grundwasser nicht zu erwarten ist. Als nicht schädlich verunreinigtes Niederschlagswasser gilt Niederschlagswasser von Feld- und Forstwegen sowie von Dach-, Terrassen- und Hofflächen von zu Wohnzwecken genutzten Grundstücken. Dieses Verbot gilt nicht, wenn für das Versickern eine Erlaubnis nach § 7 des Wasserhaushaltsgesetzes erteilt ist;
- Maßnahmen, die im Widerspruch zur jeweils gültigen Fassung der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung-VAWs) stehen;
- das Ablagern von radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen sowie deren Einbringen in den Untergrund;
- das Errichten und Betreiben von gewerblichen, industriellen und der Forschung dienenden Betrieben und Anlagen, in denen als Reststoffe radioaktive Stoffe, wassergefährdende Stoffe oder Betriebsabwässer, ausgenommen Kühlwasser, anfallen, wenn diese Stoffe nicht vollständig und sicher aus dem Schutzgebiet hinausgeleitet, hinausgebracht, ausreichend behandelt oder zulässigerweise in eine öffentliche Kanalisation eingeleitet werden;
- das Errichten und Betreiben von Rohrleitungen für wassergefährdende Stoffe außerhalb eines Werksgeländes;
- Anlagen zur Entsorgung von Abfällen und Reststoffen mit Ausnahme von Zwischenlagern für Erdaushub, Bauschutt, Straßenaufbruch soweit sie unbelastet sind sowie mit Ausnahme von Kompostierungsanlagen, sofern keine Verunreinigung des Grundwassers oder keine nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften zu besorgen ist;
- Umschlaganlagen für Hausmüll, Anlagen zur örtlichen Bodenbehandlung bei Sanierungsvorhaben, Recyclinghöfe, Schrottplätze, Autowrackplätze und Sortieranlagen für Haus-, Gewerbe- und Sperrmüll;
- die Verwendung von auswaschunggefährdeten oder auslaugbaren wassergefährdenden Materialien bei Baumaßnahmen im Freien;
- der Wiedereinbau von Bodenmaterial aus dem Bereich einer Altlast oder eines Schadensfalles am Ort der Entnahme, sofern eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften zu besorgen ist;
- die Anwendung von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln mit W-Auflage und Pflanzenschutzmitteln, die aus einem Wirkstoff bestehen oder einen Wirkstoff enthalten, für den in der jeweils geltenden Fassung der „Verordnung über Anwendungsverbote für Pflanzenschutzmittel“ für Wasserschutzgebiete oder allgemein ein Anwendungsverbot besteht;
- das Ausbringen von Pflanzenschutzmitteln mit Luftfahrzeugen²;
- die Lagerung von organischen Düngern und Silagen, sofern Sickersäfte anfallen und diese nicht schädlos aufgefangen, verwertet oder ordnungsgemäß beseitigt werden;
- das Zwischenlagern von Festmist auf unbefestigten Flächen, wenn das Entstehen von Sickersaft und dessen Eindringen in

² in begründeten Fällen ist zu prüfen, ob das Verbot aufgehoben werden kann.

das Grundwasser zu besorgen ist; der Standort ist jährlich zu wechseln und nach der Räumung gezielt zu begrünen;

- Manöver und Übungen der Streitkräfte oder anderer Organisationen, soweit sie nicht den zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) abgestimmten Vorgaben für die Schutzzone III B entsprechen;
- Militärische Anlagen, sofern eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften zu besorgen ist.

§ 5

Verbote in der Zone III bzw. III A

In der Zone III bzw. III A gelten die Verbote für die Zone III B. Darüber hinaus sind verboten:

- das Errichten und Betreiben von gewerblichen, industriellen und der Forschung dienenden Betrieben und Betriebsstellen in welchen mit radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen im Sinne von § 19 g WHG zum unmittelbaren Betriebszweck umgegangen wird;
- das Betreiben von unterirdischen Anlagen zum Sammeln, Befördern, Lagern und Abfüllen von organischen Düngern und Silagesickersäften mit Ausnahme von solchen Anlagen, bei welchen der bestmögliche Schutz des Grundwassers vor Verunreinigung oder sonstiger nachteiliger Veränderung seiner Eigenschaften erreicht wird; dies ist in der Regel der Fall, wenn der Nachweis der Dichtigkeit durch ein Leckerkennungsdrän mit Kontrollmöglichkeit (bei Neuanlagen) oder durch Dichtigkeitsprüfungen (bei Altanlagen) gewährleistet ist; Die Dichtigkeitsprüfung hat unmittelbar nach Inkrafttreten der Verordnung und anschließend im Abstand von x³ Jahren durch Eigenkontrolle zu erfolgen und ist zu dokumentieren;
- das Versenken und Versickern von Kühlwasser;
- Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Betriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus dem Schutzgebiet hinausgeleitet wird (§ 4 Nr. 2 bleibt unberührt);
- sämtlicher Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sowie deren Beförderung in Rohrleitungen innerhalb eines Werksgeländes, es sei denn, eine Verunreinigung oder eine sonstige nachteilige Veränderung der Eigenschaften des Grundwassers ist nicht zu besorgen. Unterfällt der Umgang den Regeln der Anlagenverordnung (VAWS), besteht eine Besorgnis nicht, wenn die jeweils geltenden Vorschriften der Anlagenverordnung für Wasserschutzgebiete eingehalten werden;
- das Lagern, Abfüllen und Umschlagen radioaktiver Stoffe;
- das Errichten von Kläranlagen (mit Ausnahme zugelassener Kleinkläranlagen) und das Errichten und Betreiben von Abwassergruben;
- das Lagern und Ablagern von Abfall und von zur Wiederverwertung vorgesehenen wassergefährdenden Materialien;
- Start-, Lande- und Sicherheitsflächen des Luftverkehrs;
- Manöver und Übungen der Streitkräfte oder anderer Organisationen, soweit sie nicht den zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) abgestimmten Vorgaben für die Schutzzone III/III A entsprechen;
- Bohrungen, Erdaufschlüsse und sonstige Bodeneingriffe mit wesentlicher Minderung der Grundwasserüberdeckung, sofern nicht fachbehördlich festgestellt worden ist, daß eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist;
- das Neuanlegen und Erweitern von Friedhöfen;
- Grundwasser- und Erdreichwärmepumpen;
- Flächen für Motorsport;
- das Neuanlegen von Kleingartenanlagen;
- das Anlegen oder Erweitern von Dränungen und Vorflutgräben.

§ 6

Verbote in der Zone II

In der Zone II gelten die Verbote für die Zone III/III A. Darüber hinaus sind verboten:

- das Errichten und die wesentliche Änderung von Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen;
- Lager für Baustoffe und Baumaschinen sowie Baustellen und Baustelleneinrichtungen;

³ Der Kontrollzeitraum ist anlagen- und standortbezogen für das jeweilige Wasserschutzgebiet vom Wasserwirtschaftsamt vorzuschlagen.

3. der Neubau und die wesentliche Änderung von Straßen, Bahnlinien und sonstigen Verkehrsanlagen, ausgenommen unbefestigte Feld- und Forstwege;
4. das Zelten, Lagern, Baden und das Abstellen von Wohnwagen;
5. Parkplätze und Sportanlagen;
6. Abstellen von Kraftfahrzeugen auf wasserdurchlässigem Untergrund mit Ausnahme des Abstellens im Rahmen von landwirtschaftlichen Tätigkeiten;
7. das Waschen, Reparieren und Warten von Kraftfahrzeugen;
8. jegliche über die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Grundwasserüberdeckung vermindert wird;
9. Bergbau, wenn er zum Zerreißen der Grundwasserüberdeckung, zu Einmündungen oder offenen Wasseransammlungen führen kann;
10. Sprengungen;
11. das Vergraben von Tierkörpern;
12. das Herstellen oder wesentliche Umgestalten von oberirdischen Gewässern;
13. Manöver und Übungen von Streitkräften oder anderen Organisationen, soweit sie nicht den zwischen dem Bundesministerium für Verteidigung und der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) abgestimmten Vorgaben für die Zone II entsprechen;
14. sämtlicher Umgang mit und das Befördern von radioaktiven und wassergefährdenden Stoffen, mit Ausnahme des Ausbringens und Beförderns von Silagesickersäften, Düng- und Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in Transportbehältern sowie mit Ausnahme der Verwendung von Betriebsstoffen in land- und forstwirtschaftlichen Maschinen;
15. das Durchleiten und Hinausleiten von Abwasser;
16. Kompostierungsanlagen;
17. die Bewässerung mit hygienisch bedenklichem Wasser;
18. Kleingärten;
19. das breitflächige Versickern von auf Straßen und sonstigen befestigten Flächen anfallendem gesammeltem und ungesammeltem Niederschlagswasser über die belebte Bodenzone, auch bei günstigen Standortbedingungen, mit Ausnahme der breitflächigen Versickerung von gesammeltem und ungesammeltem Niederschlagswasser von Feld- und Forstwegen.

§ 7

Verbote in der Zone I

In der Zone I gelten die Verbote für die Zone II. Darüber hinaus sind verboten:

1. Fahr- und Fußgängerverkehr sowie Reiten;
2. landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche, gartenbauliche und weinbauliche Nutzung;
3. die Anwendung von Düngern, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln;
4. das Verletzen der belebten Bodenzone.

§ 8

Ver- und Gebote für die landwirtschaftliche Grundstücksnutzung in den Zonen III/III A und III B

Vorbehaltlich der Sonderregelungen in den §§ 10 und 12 und zusätzlich zu den in den §§ 4 und 5 genannten Verboten gelten für die landwirtschaftliche Grundstücksnutzung in den Zonen III/III A und III B folgende Ver- und Gebote:

a) Allgemeine Ver- und Gebote:

1. Die Düngung, die Bodenbearbeitung, der Anbau und die Bodennutzung, die Bewässerung, der Pflanzenschutz sowie die Dokumentation der Bewirtschaftung haben nach den Vorgaben der ordnungsgemäßen Landbewirtschaftung zu erfolgen.
2. Grünland darf nicht in Ackerland umgewandelt werden. Die Grünlanderneuerung darf nur durch Direktsaat erfolgen.
3. Festmist darf auf Ackerland im Zeitraum nach der Ernte bis zum 1. November nicht ausgebracht werden, soweit in diesem Zeitraum keine Kultur angesät wird. Auf schweren Böden (Bodenartengruppe III - tL, sT, IT, T) gilt das Verbot bis zum 1. Oktober.
4. Für die Lagerung und Zwischenlagerung von organischen Düngern und Silagen gelten die Vorschriften des § 4 Ziffern 13 und 14.

5. Verboten ist eine Beweidung, bei welcher die Grasnarbe großflächig zerstört wird.

6. Die Erstaufforstung von landwirtschaftlich genutzten Flächen ist erlaubt, soweit die Grundwasserneubildung nicht wesentlich beeinträchtigt wird und kein über das übliche Maß hinausgehender Stickstoffeintrag in das Grundwasser zu besorgen ist. Hierzu ist vor Beginn der Erstaufforstung der Stickstoffgehalt des Bodens durch Bodenuntersuchungen zu ermitteln. Es ist mindestens eine Bodenprobe je Hektar durchzuführen.

7. Bewirtschafter landwirtschaftlich genutzter Flächen müssen schlagspezifische Aufzeichnungen über Art, Menge und Zeitpunkt der eingesetzten Düngemittel und Pflanzenschutzmittel sowie über die angebauten Kulturen, durchgeführte Bodenbearbeitungsmaßnahmen und erzielten Erträge führen. Hierzu können vorhandene Aufzeichnungen herangezogen werden. Die Aufzeichnungen sind fünf Jahre aufzubewahren und auf Verlangen der zuständigen Wasserbehörde vorzuweisen. Zur fachlichen Bewertung ist das Amt für Regionalentwicklung, Landschaftspflege und Landwirtschaft hinzuzuziehen.

b) Ver- und Gebote für Wasserschutzgebiete der Klasse A:

1. Gülle, Jauche, Klärschlamm und N-haltiger Mineraldünger dürfen auf Ackerland nach der letzten Ernte bis zum 15. Oktober nur auf begrünten Flächen ausgebracht werden.
2. Gülle, Jauche und N-haltiger Mineraldünger dürfen auf Grünland und Ackerland vom 15. Oktober bis zum 1. Februar nicht ausgebracht werden. Klärschlamm darf auf Ackerland vom 15. Oktober bis zum 1. Februar nicht ausgebracht werden.

c) Ver- und Gebote für Wasserschutzgebiete der Klasse B:

1. Vor Vegetationsbeginn ist der Stickstoffgehalt des Bodens durch Bodenuntersuchungen zu ermitteln und bei der Düngung zu berücksichtigen. Es ist mindestens eine Bodenprobe je Flächeneinheit (Schlag) im Wasserschutzgebiet, mindestens jedoch eine Bodenprobe je Hektar durchzuführen. Bei gleicher Fruchtfolge und vergleichbaren Standortverhältnissen ist eine repräsentative Beprobung möglich. Diese Verpflichtung entfällt für Grünland und Dauerbrachen sowie für Rotationsbrachen, sofern dort keine Düngung erfolgt.
2. Gülle, Jauche, Klärschlamm und N-haltiger Mineraldünger dürfen auf Ackerland nach der Ernte bis zum 1. Oktober nur auf begrünten Flächen ausgebracht werden.
3. Gülle, Jauche und N-haltiger Mineraldünger dürfen auf Grünland und Ackerland vom 1. Oktober bis zum 1. Februar nicht ausgebracht werden. Klärschlamm darf auf Ackerland vom 1. Oktober bis zum 1. Februar nicht ausgebracht werden.
4. Mit Gülle, Jauche und Klärschlamm dürfen auf Ackerland im Zeitraum nach der Ernte bis zum 1. Oktober nicht mehr als 60 kg Gesamt-N/ha ausgebracht werden.
5. Vor dem Anbau von Sommerungen ist ein Zwischenfruchtanbau durchzuführen, soweit die Vorfrucht bis spätestens 15. September geerntet ist.
6. Soweit eine Sommerung folgt, darf der Zwischenfruchtumbruch nicht vor dem 1. November erfolgen.
7. Zwischenfrüchte zur Futternutzung dürfen mit nicht mehr als 60 kg Gesamt-N/ha gedüngt werden.
8. Zwischenfrüchte zur Gründüngung dürfen mit nicht mehr als 30 kg Gesamt-N/ha gedüngt werden.
9. Zwischenfruchtansaat, in denen Leguminosen enthalten sind, dürfen keine N-Düngung erhalten.
10. Im Zwischenfruchtanbau darf kein Reinanbau von Leguminosen erfolgen.
11. Im Hauptfruchtanbau ist der Reinanbau von Leguminosen ohne gezielte Maßnahmen zur N-Konservierung während des Anbaus bzw. nach der Ernte nicht gestattet. Ebenfalls nicht gestattet ist der Umbruch von Rotations- und Dauerbrachen ohne gezielte Maßnahmen zur N-Konservierung nach dem Umbruch der Flächen. Gezielte Maßnahmen sind:
 - Anbau von Untersaaten;
 - Getreidebestellung bis zum 1. Oktober nach flacher Bearbeitung;
 - Nachbau von N-Zehrern wie z.B. Kreuzblütler, Gräser, Phacelia;
 - Umbruch im Frühjahr mit unmittelbarem Anbau einer Sommerung.